

Drängen in den Ständerat

her gewichtet als Parteiengzänk – das könnte sich ändern



(Aargau) liebäugelt mit dem Einzug in die kleine Kammer.

ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE

änderatin
tritt und
die Hosen
verteidi-
sich dazu
zumal er
015 noch

ger»
dass das
Ständerat
st. «Man
Draht zu
alrat und
gleichzei-
bolemisch
ner Pol-
schwierig-
spiel von
im Stän-
parlamen-

Levrat selber sieht darin kein Problem, er sei schon im Nationalrat selten am Rednerpult gewesen. Als Ständerat falle es ihm leichter, den «Blick aufs Wesentliche» zu fokussieren. «Das Parteipräsidium und ein Ständeratsmandat sind beides Jobs für Generalisten», sagt er. Konflikte mit seiner Rolle als Kantonsvertreter gebe es selten. Im Zweifel gewichte er die Interessen seines Kantons höher als diejenigen der Partei. Klar sei aber, dass er als Präsident im Ständerat mehr delegieren müsse.

Interne Aktivität wichtiger

Die Parteiführung sei mit Ständerat Levrat nicht schwächer geworden, findet die SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo. Zwar möge es sein, dass Levrat im Stöckli seine Worte mehr auf die Goldwaage legen müsse. Aber in der Fraktion sei er nach wie vor sehr präsent, auch bei den Nationalräten.

Bei der FDP schaut man einem allfälligen Ständerat Müller gelassen entgegen. Partei- und Präsidiumskollege Christian Wasserfallen sieht darin gar eine Chance. Müller könne im «weniger kommunikativ geprägten» Ständerat seine Stärken erst recht ausspielen. Als Parteichef sei zudem wichtiger, dass man intern ständig aktiv sei. Auch GLP-Präsident Bäumle räumt ein, dass ein Parteipräsident nicht unbedingt der aktivste Parlamentarier sein müsse. «Gelegenheit für Medienauftritte hat man als Präsident ausreichend.»

Nicht alle Parteichefs zieht es in die kleine Kammer. Für SVP-Präsident Toni Brunner (St. Gallen) ist das Thema nach seiner zweiten erfolglosen Kandidatur 2011 gegessen. Auch BDP-Chef Martin Landolt (Glarus) dürfte die Lust auf eine erneute Kandidatur nach seiner deutlichen Niederlage im Januar gegen Thomas Hefti (fdp.) vergangen sein.

Meinung & Debatte, Seite 23

Die Lehrer sind besorgt

Emotionale Pädophilie-Debatte

Jü. · Einen Monat vor dem Abstimmungstermin am 18. Mai hat sich nun auch der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) in den Abstimmungskampf über die Pädophilie-Initiative eingeschaltet. Der Verband ist besorgt über eine mögliche Annahme der Initiative und ruft dazu auf, sich nicht ausschliesslich von Emotionen leiten zu lassen und die Initiative abzuleh-

PÄDOPHILIE-INITIATIVE

Eidgenössische Volksabstimmung
vom 18. Mai 2014

nen. Der Dachverband lehnt das Volksbegehren von Marche Blanche ab, weil es mit seinen Automatismen zu schwierigen Situationen an Schulen und unverhältnismässigen Massnahmen gegenüber Teenagern führe, wie es in einer Mitteilung heisst. Schon Schmusen, Petting oder das Abspielen einer Pornosequenz auf dem Handy könne bereits als Sexualdelikt gelten, wenn eine der beteiligten Personen unter 16 Jahre alt sei. Wenn ein 18-jähriger Gymnasiast einvernehmlich sexuellen Kontakt mit einer 15-jährigen Schülerin habe, werde er bei einer Anzeige zu einem Täter, der die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes beeinträchtigt. Diese Fälle hätten aber nichts mit Pädophilie zu tun, weshalb ein lebenslanges Berufsverbot mit Kindern unverhältnismässig sei.

Die Volksinitiative fordert ein lebenslanges, automatisches Berufs- und Tätigkeitsverbot für verurteilte Pädophile. Laut dem LCH erhalten pädokriminelle Lehrpersonen allerdings schon heute ein Berufsverbot: Seit 1999 würde der Verband Lehrpersonen, die wegen sexueller Übergriffe oder körperlicher Gewalt verurteilt würden, das Lehrdiplom entziehen. Zudem landeten sie auf der schwarzen Liste der Erziehungsdirektorenkonferenz. Es gelte eine Nulltoleranz. Solche Lehrpersonen könnten nicht mehr an Schulen unterrichten, weshalb die Pädophilie-Initiative keinen zusätzlichen Schutz böte. Der Verband sieht hingegen in der vom Parlament verabschiedeten Verschärfung des Strafgesetzbuches eine bessere Lösung, die bereits ab 2015 in Kraft trete und Kinder nicht nur vor sexuellen Übergriffen, sondern auch vor körperlicher und psychischer Gewalt schütze. Deshalb brauche es die Initiative nicht.